

Zuwanderung braucht klare Regeln!

Die AfD tritt für ein offenes und ausländerfreundliches Deutschland ein und bejaht die im Rahmen der EU gewährte Niederlassungs- und Arbeitnehmerfreizügigkeit. Unsere demographische Entwicklung erfordert eine qualifizierte Zuwanderung. Die Einkommen, die Sozialleistungen und die Lebensstandards unterscheiden sich allerdings innerhalb der EU stark und das Wohlstandsgefälle zu Deutschland ist teilweise erheblich. Deshalb bedarf die Zuwanderung klare Regeln.

Die AfD fordert:

- Sozialleistungen dürfen weder Anreize zu verstärkter Zuwanderung setzen noch die Suche nach bezahlter Arbeit unattraktiv machen.
- Die Niederlassungsfreiheit darf nicht durch Scheinselbstständigkeiten dazu missbraucht werden, Anrechte auf Sozialleistungen zu erlangen.
- Ausländische EU-Bürger, die wegen einer Straftat rechtskräftig verurteilt wurden, sind konsequent abzuschließen.
- Bestandskräftige Abschiebebescheide müssen zeitnah vollzogen werden. Die Wiedereinreise ausgewiesener Ausländer ist durch geeignete Maßnahmen wie etwa die Erhebung biometrischer Daten zu unterbinden.
- Eine Einwanderung in deutsche Sozialsysteme lehnt die AfD strikt ab. Sozialleistungen für Zuwanderer sind ohne jede Einflussnahme der EU ausschließlich nach deutscher Gesetzgebung zu gewähren.
- Leistungen wie ALG II (Arbeitslosengeld, genannt Hartz IV), Kinder- und Wohngeld sollen nur solche Zuwanderer erhalten, die in erheblichem Umfang Steuern, bzw. Sozialversicherungsbeiträge in Deutschland gezahlt haben oder deren Eltern das getan haben.
- Wenn Zuwanderer in Deutschland keine ausreichenden Mittel aus Erwerbseinkommen, Vermögen, Unterhalt oder Sozialleistungen zur Verfügung haben, müssen sie in ihre Heimat zurückkehren.
- Kindergeld und Sozialleistungen sind nur für die in Deutschland lebenden Kinder der Einwanderer zu bezahlen.
- Die Zuwanderung von Nicht-EU-Arbeitskräften sollte sich ausschließlich nach dem hiesigen Bedarf richten.
- Die AfD setzt sich für ein Einwanderungsrecht mit „Punktesystem“ nach kanadischem Vorbild ein, das die Interessen Deutschlands und die Chancen der Zuwanderer auf erfolgreiche Integration in unsere Gesellschaft gleichermaßen berücksichtigt.

Diese Forderungen stoßen in der Bevölkerung auf breite Resonanz, nicht aber in der etablierten Politik. Darum ist es wichtig, dass die Alternative für Deutschland im Europäischen Parlament möglichst stark vertreten ist.

Am 25. Mai haben Sie das Recht der Alternative für Deutschland Ihre Stimme zu geben!